

Antrag

Initiator*innen: Thorben Thieme (KV Neuwied), Thorben Thieme (KV Neuwied), Thorben Thieme (KV Neuwied), Thorben Thieme (KV Neuwied), Thorben Thieme (KV Neuwied), Thorben Thieme (KV Neuwied)

Titel: **Silvester ohne privates Feuerwerk - für Mensch, Tier und Natur!**

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz schließt sich der bundesweiten Initiative
2 für ein Verbot privater Silvesterböller und Raketen an. Das breite Bündnis, das
3 unter anderem aus der Gewerkschaft der Polizei, dem Deutschen Kinderhilfswerk,
4 Umwelt- und Tierschutzverbänden sowie medizinischen Organisationen besteht,
5 fordert seit Jahren ein Ende des privaten Feuerwerks und war gerade um Silvester
6 2025/ 2026 groß in den Medien. Da für das anstehende Silvester 2026/ 2027 erneut
7 hohe Belastungen – vor allem Verletzte, überfüllte Notaufnahmen, Angriffe auf
8 und Überlastungen von Einsatzkräften, großes Tierleid, hohe Müll-, Lärm- und
9 Feinstaubbelastung, retraumatisierende Erlebnisse für Kriegsflüchtlinge sowie
10 Brandgefahr – zu erwarten sind, fordern die GRÜNEN Rheinland-Pfalz die schwarz-
11 rote Landesregierung dazu auf, sich im Bundesrat für eine Novelle des
12 Sprengstoffgesetzes hin zu einem bundesweiten Verbot privaten
13 Silvesterfeuerwerks inklusive einem ganzjährigen Verkaufsverbot für
14 Feuerwerkskörper einzusetzen.

Begründung

Die weitreichenden Folgen der vergangenen Silvesternächte haben klar die Notwendigkeit eines Verbots privaten Feuerwerks aus mehreren Gründen (Feinstaubreduzierung, Müllreduzierung, Verhinderung von irreversiblen Personenschäden durch Feuerwerkskörper, Entlastung des Krankenhauspersonals in der Silvesternacht, Verhinderung von Kriegstraumata bei Kriegsflüchtlingen, Tierschutz, Lärmschutz,

Veränderung des Verhaltens von Wildtieren in der Luft und auf dem Land, Brandgefahr durch gezündete Böller, Entlastung der Polizei) aufgezeigt. Daher ist es richtig, dass wir GRÜNE RLP uns im Landtagswahlprogramm 2026 für ein ganzjähriges Verkaufsverbot von Feuerwerkskörper für Privatpersonen ausgesprochen haben. Dies sollte zu einer Gesetzesvorlage zu einem umfassenden privaten Böllerverbot bundesweit ausgeweitet werden, wie es einzelne Kreisverbände bereits gefordert haben (<https://gruene-koblenz.de/2025/12/03/unterstuetzung-des-verbots-von-privaten-silvesterboellern/>), und gerade vor der kommenden Silvesternacht auch von der Landesregierung im Bundesrat per Gesetzesinitiative konkretisiert werden, da ein Verbot nur bundespolitisch über eine Novelle des Sprengstoffgesetzes erreicht werden kann.

Unterstützer*innen

Sabine Knorr-Henn (KV Neuwied), Thomas Schmidt (KV Neuwied), Markus Seemann (KV Neuwied), Dana Krämer (KV Neuwied), Hendrik Krahel (KV Neuwied), Peter Buchholz (KV Neuwied), Helmut Hellwig (KV Neuwied), Elisabeth D'Angelo (KV Neuwied), Brigitte Teubler-Köhler (KV Neuwied), Thomas Häcker (KV Neuwied)